

## Frank Roggenbuch

### Die Bewegung der „Währungsgeschädigten“ und die SED (1949)

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.955>

Reprint von:

Frank Roggenbuch, Die Bewegung der „Währungsgeschädigten“ und die SED (1949), in: Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg, herausgegeben von Michael Lemke, Böhlau Köln, 2006 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 37), S. 163-183

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <[redaktion@zeitgeschichte-digital.de](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)>



Zitationshinweis:

Frank Roggenbuch (2006), Die Bewegung der „Währungsgeschädigten“ und die SED (1949),  
Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,  
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.955>

Ursprünglich erschienen als: Frank Roggenbuch, Die Bewegung der „Währungsgeschädigten“ und  
die SED (1949), in: Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten  
Krieg, herausgegeben von Michael Lemke, Böhlau Köln, 2006 (Zeithistorische Studien.  
Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 37), S. 163-183

# Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für  
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 37

Michael Lemke (Hg.)

# Schaufenster der Systemkonkurrenz

Die Region Berlin-Brandenburg  
im Kalten Krieg



2006

**BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN**

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Zentrum für  
Zeithistorische Forschung e.V.  
Bibliothek

ZZF 18257 (HBB/GG)

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:**  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Umschlagabbildung:**

Berliner Agitationsplakat 1953, Deutsches Historisches Museum P 94/917

© 2006 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Ursulaplatz 1, D-50668 Köln

Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11

[info@boehlau.de](mailto:info@boehlau.de)

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 978-3-412-02606-6 / ISBN-10 3-412-02606-9

# Inhalt

MICHAEL LEMKE

Einleitung .....	9
1. Berlin-Brandenburg als besonderes Verflechtungs- und Teilungsgebiet.....	10
2. Anmerkungen zum Stand der Forschung .....	12
3. Zielsetzung, neue Fragen und Thesen .....	17
4. Zum Band und seinen einzelnen Beiträgen .....	24

## *A. Politik*

MATTHIAS UHL

Chruščev und die sowjetischen Nachrichtendienste in der zweiten Berlinkrise 1958–1964.....	29
---	----

GERHARD WETTIG

Ulbricht, die UdSSR und die Vier-Mächte-Rechte in Berlin 1963–1971 ...	47
--	----

CHRISTOPHER WINKLER

Die U.S. Military Liaison Mission im Vorfeld der 2. Berliner Krise. Der Hubschrauberzwischenfall von 1958 .....	65
--	----

DANIEL SCHWANE

Das „Laboratorium“ West-Berlin: Hansjakob Stehle und die Passierscheinverhandlungen 1962/63..... 85

CHRISTIAN HALBROCK

„Staatsgrenzen sind keine Kirchengrenzen“ – die evangelische Kirche Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg..... 107

### *B. Wirtschaft und Soziales*

HARALD ENGLER

Wirtschaftliche Systemkonkurrenz im Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg während des Kalten Krieges 1945–1961. Fragestellungen und Forschungsperspektiven ..... 129

WOLFGANG RIBBE

Flüchtlinge – Vertriebene – Displaced Persons. Ihre Aufnahme, Weiterleitung bzw. Eingliederung in Berlin und Brandenburg bei Kriegsende 1945 ..... 145

FRANK ROGGENBUCH

Die Bewegung der „Währungsgeschädigten“ und die SED (1949) ..... 163

FRIEDERIKE SATTLER

Die Industrie- und Handelskammer Brandenburg 1945–1953. Systemkonkurrenz als *raison d'être*? ..... 185

HARALD MICHEL/VOLKER SCHULZ

Von der „Stalinallee“ zur DDR-Plattenbausiedlung. Anmerkungen zur Wohnungs- und Städtebaupolitik in Berlin-Brandenburg seit 1949..... 207

ANDREAS MALYCHA/UDO SCHAGEN

Die Medizinische Fakultät der Berliner Universität und ihr Verhältnis zur zentralen Hochschulbehörde 1945–bis 1949. Zentrale Konflikte im Vorfeld der Gründung der Freien Universität Berlin..... 225

MELANIE ARNDT

„Die Frage der Polikliniken ist augenblicklich in Berlin wieder heiß umstritten.“ Die Entwicklung der Berliner Polikliniken und Ambulatorien 1948–1961 ..... 247

### *C. Kultur und Alltag*

MICHAEL LEMKE

Der „Sängerkrieg“ in Berlin..... 269

SIEGFRIED LOKATIS

Berliner Buchschaufenster im Kalten Krieg ..... 297

IGOR J. POLIANSKI

„Det is’ der Garten Eden!“ Fledermäuse, Ruinen, Planetarien: zur politischen Semantik der Berliner Stadtlandschaft im Kalten Krieg ..... 317

JUTTA BRAUN/RENÉ WIESE

Duell an der Spree – Sportkultur und Sportverkehr in Berlin (1949–1961) ..... 343

CHRISTIAN KÖNNE

Hörfunk im Kalten Krieg. Berliner Radioprogramme in der Systemkonkurrenz ..... 365

**ANHANG**

<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>389</b>
<b>Literatur.....</b>	<b>395</b>
<b>Autorenverzeichnis .....</b>	<b>415</b>

FRANK ROGGENBUCH

# Die Bewegung der „Währungsgeschädigten“ und die SED (1949)

## 1. Die Währungsreform und der Gesamtberliner Arbeitsmarkt

Am 20. Juni 1949 mussten die Außenminister der Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges im Abschlusskommunique ihrer sechsten Konferenz über Deutschland eingestehen, dass die politische und wirtschaftliche Einheit nicht wiederhergestellt werden konnte.<sup>1</sup> Genau ein Vierteljahr zuvor, am 20. März 1949, hatten die drei für die Berliner Westsektoren verantwortlichen westlichen Militärregierungen die seit Juni 1948 in den Westzonen gültige DM der Bank Deutscher Länder (BDL), die Westmark, mit der Währungsergänzungsverordnung (WEVO) zum alleinigen Zahlungsmittel für den Westteil der ehemaligen Reichshauptstadt erklärt.<sup>2</sup> So wurde der unzulängliche Vier-Mächte-„Halb“-Kompromiss beseitigt, der im Zuge der separaten Währungsreformen in den Westzonen sowie der SBZ am 24. Juni 1948 in der Form eines provisorischen Berliner Währungsdualismus entstanden war. Dadurch wurde zugleich die wirtschaftliche Spaltung Berlins zementiert.<sup>3</sup> Die Entscheidung hierzu war vorangetrieben worden durch gemeinsame Initiativen der westsektoralen Wirt-

- 
- 1 Abgedruckt in: „Tägliche Rundschau“, 22.6.1949; Auszug in: Potsdamer Abkommen. Ausgewählte Dokumente zur Deutschlandfrage 1943 bis 1949, Berlin (Ost) 1967, S. 127ff., S. 297. Als neuerer Aufsatz zu Berlin im Kalten Krieg: Gerhard Wettig, Berlin vor den Herausforderungen des Kalten Krieges 1945–1989, in: Werner Süß/Ralf Rytlewsky (Hg.), Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole, Berlin 1999, S. 157–186.
  - 2 Zweite (West-)Berliner Währungsreform – Dritte Verordnung zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsergänzungsverordnung – WEVO) vom 24.6.1949, in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951, S. 1418ff.
  - 3 Erste (West-)Berliner Währungsreform – Verordnung zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsverordnung – WVO) vom 24.6.1948, in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951, hg. im Auftrage des Senats von Berlin, Berlin 1964, S. 1374ff.; Zur Berliner Währungsproblematik im Zusammenhang: Michael W. Wolff, Die Währungsreform in Berlin 1948/49, Berlin 1991.

schaft und Politik, vor allem maßgeblicher Vertreter des West-Berliner Magistrats wie Ernst Reuter und Gustav Klingelhöfer, die unter dem Druck der sowjetischen Blockade standen.<sup>4</sup>

In diesem Zusammenhang ist folgender Aspekt wesentlich: Da aufgrund der wirtschaftlichen und arbeitsmarktspezifischen Verflechtung der Westsektoren mit dem sowjetischen Sektor und dem SBZ-Umland ein Großteil der in West-Berlin ansässigen Firmen und Arbeitnehmer nur über Ostmark-Einkünfte verfügten, entschieden sich die für die Westsektoren zuständigen alliierten und deutschen Stellen angesichts des Doppelwährungsmodus für eine praktikable Lösung. Ihr zufolge konnten existenzielle Leistungen und Verpflichtungen wie Mieten, Energie, Grundnahrungsmittel usw. grundsätzlich wahlweise in West- oder Ostmark bezahlt werden.<sup>5</sup> Das Kursverhältnis der im Juni 1948 eingeführten Westmark und der fast zeitgleich in Kurs gesetzten sowjetzonalen Ostmark hatte sich relativ schnell bei 1 : 4 bis 1 : 6 eingeegelt – was zwangsläufig zur quantitativen Dominanz der Ostmark-Zahlungen führen musste. Hierin sahen vor allem die deutschen politisch Verantwortlichen in West-Berlin die Gefahr einer währungstechnischen sowie wirtschaftlichen Unterwanderung und letztlich einer politischen Vereinnahmung der Westsektoren. Wie begründet diese Befürchtungen waren, zeigten besonders die Blockade und die sie ergänzenden Zwangsmaßnahmen der Sowjetischen Militäradministration (SMA).<sup>6</sup>

Mit der zweiten Berliner Währungsreform wurden die Berliner Westsektoren aus dem regionalen Wirtschaftsgefüge herausgerissen. Die bisherige Möglichkeit, Zahlungsverpflichtungen und Leistungen in gleicher Höhe in Ostmark zu begleichen, wurde schlagartig zunichte gemacht. Dies musste die West-Berliner Wirtschaft in eine äußerst schwierige Lage bringen sowie die nunmehr konsequente Anbindung der Westsektoren an das Wirtschaftssystem der Westzonen bzw. der Bundesrepublik und den damit verbundenen strukturellen Wandel alternativlos machen.<sup>7</sup> Zur Lösung der Frage des noch weitgehend bestehenden Gesamtberliner bzw. regionalen Arbeitsmarktes sah eine besondere Bestimmung der Währungsergänzungsverordnung die Einrichtung einer so genannten Lohnausgleichskasse vor. Ihre Leistungen sollten den Grenzgängern zugute kommen.<sup>8</sup> Grenzgänger waren Personen,

---

4 Das entsprechende Mittel waren eindringliche gemeinsame Memoranden an die Westalliierten wie „Die Westmark für Westberlin. Denkschrift der Notgemeinschaft für Berliner Wirtschaft“, Nov. 1948, in: Landesarchiv Berlin (LAB), F Rep. 280 (LAZ), Nr. 11208.

5 Unter 4. (a) der WVO hieß es: „dass der Zahlende nach seiner Wahl zahlen darf und der Zahlungsempfänger die Bezahlung annehmen muss auch in der Währung, die als gesetzliches Zahlungsmittel im sowjetischen Sektor von Berlin gilt, und zwar in demjenigen Betrage, der für dieselben Güter und Leistungen nach den geltenden Vorschriften im sowjetischen Sektor zu zahlen wäre“, in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951, S. 1375.; Wolff, Währungsreform, S. 87ff.

6 Hierzu bspw.: Volker Koop, *Kein Kampf um Berlin? Deutsche Politik zur Zeit der Berlin-Blockade 1948/49*, Bonn 1998 sowie: Ders., *Tagebuch der Berliner Blockade. Von Schwarzmarkt und Rollkommandos, Bergbau und Bienenzucht*, Bonn 1998.

7 Laut Dr. Walther Schreiber, Vorsitzender der Berliner CDU, wurde „in den Westsektoren die Konsequenz aus der Lage gezogen, die sich aus der verbrecherischen Blockade unserer Stadt ergeben hat und die eine möglichst enge Verbindung an den deutschen Westen erfordert“, in: „Der Tag“, 21.3.1949.

8 Das Berliner Grenzgängerwesen bestand demgemäß von März 1949 bis zur Abriegelung der äußeren Westberliner Sektorengrenzen 1961 und verkörperte über diese 12 Jahre hinweg zugleich ein politisches Problem der Berliner Systemkonkurrenz, die bis zum 13. August 1961 – vor allem durch regionale Verflechtungen und offene Grenze bestimmt – singulär war. Die Grenzgänger waren als Arbeitspendler zwischen „Ost“ und „West“ bereits vor der Währungsspaltung vorhanden. Ihre existenziell und politisch problematische Identität wurde durch die WEVO jedoch erst initiiert, wenngleich die tieferen

die entweder in West-Berlin wohnten und in Ost-Berlin bzw. im sowjetzonalen Randgebiet arbeiteten (Ost-Grenzgänger); oder umgekehrt im Ostwährungsgebiet wohnten und in West-Berlin beschäftigt waren (West-Grenzgänger).<sup>9</sup> Das Lohnausgleichsverfahren basierte – dem in den Alltag hinein wirkenden West-Ost-Währungsgefälle Rechnung tragend – auf der Verrechnung der potenziellen Währungsgewinne der West-Grenzgänger mit den potenziellen Währungsverlusten der Ost-Grenzgänger.<sup>10</sup> Hauptmotiv für diese westliche Regelung war zunächst die Existenzsicherung der Ost-Grenzgänger als Einwohner der Westsektoren, die (im Gegensatz zu den im Ost-Währungsgebiet lebenden Westgrenzgängern) zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts zwingend die höherwertige Westwährung benötigten. Ohne irgendeinen Ausgleich bzw. geregelten 1 : 1-Umtausch konnten sie in den meisten Fällen nicht existieren.<sup>11</sup> Trotz dieser Vorsorge-Regelung wurde die WEVO vom West-Berliner Stadtverordnetenvorsteher Otto Suhr (SPD) und dem Vorsitzenden der Unabhängigen Gewerkschaftsorganisation (UGO) Ernst Scharnowski vor allem auf Grund weiterer Härten für die Bevölkerung zu Recht als „unsozial“ kritisiert. Ein Grund dafür war die geringe Sofortumtausch-Kopfquote von 15,- DM.<sup>12</sup> Ein weiterer bald zu Tage tretender und künftig viel wesentlicherer Mangel der Reform wohnte dem Lohnausgleichsverfahren inne. Grundsätzlich erfasste es alle **a b h ä n g i g B e s c h ä f t i g t e n**, die jeweils **j e n s e i t s d e r W ä h r u n g s g r e n z e** arbeiteten. Dabei wurden zwei große Gruppen Erwerbstätiger, die durch die Währungsspaltung existenziell gefährdet waren, vernachlässigt. Die West-Berliner Eisenbahner als Beschäftigte des Gesamtberliner Ost-Unternehmens Deutsche Reichsbahn wurden nicht berücksichtigt, da sie in West-Berlin arbeiteten und sich ihr Arbeitgeber, die Reichsbahndirektion Berlin, im amerikanischen Sektor befand.<sup>13</sup> Demgegenüber waren West-Berliner Freiberufler und Gewerbetreibende, die im Ostwährungsgebiet wirtschafteten und folglich nur Ostmark vereinnahmten, im Regelfall zwar faktisch (Ost)-Grenzgänger, fielen als nicht abhängig Beschäftigte jedoch ebenfalls nicht in die Kategorie der Lohnumtauschberechtigten. Die Verbitterung der Eisenbahner über den faktischen Entzug ihrer

---

Wurzeln dieser spezifischen Genese im Kalten Krieg und der Spaltung Berlins liegen. Die wissenschaftliche Behandlung des Berliner Grenzgängerproblems ist nicht sehr umfangreich. Hervorzuheben sind: Erika M. Hoerning, *Zwischen den Fronten – Berliner Grenzgänger und Grenzhändler 1949–1961*, Köln u.a. 1992; Jörn Schüttrumpf, *Zu einigen Aspekten des Grenzgängerproblems im Raum Berlin von 1948/49 bis 1961*, in: *Jahrbuch für Geschichte*, Bd. 31 (1981), S. 333ff.; Ders., *Das Grenzgängerproblem im Berliner Raum 1948/49 bis 1961*, unveröff. Diss., Berlin (Ost) 1986 sowie in größeren Zusammenhängen: Wolff, *Währungsreform*; Johannes Bähr, *Industrie im geteilten Berlin (1945–1990)*, München 2001 sowie: Wolfgang Ribbe, *Berlin 1945–2000. Grundzüge der Stadtgeschichte*, Berlin 2002.

- 9 Wolff, *Währungsreform*, S. 269ff; Zum Zeitpunkt der Währungsreform gab es rund 200 000 Grenzgänger: ca. 120 000 im Westen wohnende Ost-Grenzgänger und ca. 80 000 im Ostwährungsgebiet (Ostsektor und SBZ-Randgebiete) wohnende West-Grenzgänger. Das waren rund 12% aller Berliner Erwerbstätigen, siehe: Bähr, *Industrie*, S. 130. Zur weiteren Entwicklung (u.a.): Zahlenangaben der Lohnausgleichskasse über Tauscher vom 28.3.1958, in: LAB, B Rep. 301, Nr. 48.
- 10 Dritte Verordnung zur Neuordnung des Geldwesens (*Währungsergänzungsverordnung*) – WEVO – vom 20.03.1949, in: *Berliner Lohnausgleichsrecht*, Loseblattsammlung der im Lohnausgleichsrecht ergangenen Rechtsvorschriften, Verwaltungsanordnungen usw., hg. von der Lohnausgleichskasse Berlin, Berlin 1956, S. II – 1ff, Zu Lohnausgleich siehe Ziffer 9, S. II – 5f.
- 11 Hierzu Wolff, *Währungsreform*, S. 254ff.
- 12 „Der Tag“, 21.3.1949.
- 13 1949 wohnten rund 15 600 von ca. 36 500 Berliner Eisenbahnern in den Westsektoren, von denen wiederum nur wenige Hundert in östlichen Dienststellen arbeiteten.

Existenzgrundlage entlud sich in einem unter Führung der UGO gegen den Arbeitgeber Reichsbahn gerichteten Arbeitskampf, der angesichts seines systemübergreifenden Charakters zu einem kaum kalkulierbaren politischen Mehrebenen-Konflikt eskalierte.<sup>14</sup> Dieser Konflikt wurde in unterschiedlichen Zusammenhängen von der Geschichtswissenschaft hin und wieder thematisiert.<sup>15</sup> FDGB- bzw. SED-Kampfschriften sowie die DDR-Historiographie charakterisierten den 1949er Reichsbahnkonflikt polemisch als „UGO-Putsch“.<sup>16</sup> Demgegenüber ist das zeitgleiche Aufbegehren von Freiberuflern und Gewerbetreibenden als so genannte „Währungsgeschädigte“ nahezu unbekannt.<sup>17</sup> Die folgende Untersuchung will diesem sozialen Konflikt und dem Versuch der SED, ihn politisch zu instrumentalisieren, nachgehen.

## 2. Die Formierung der „Währungsgeschädigten“

Wie um die eingangs erwähnte Feststellung der Besatzungsmächte zu unterstreichen, versammelten sich – ebenfalls am 20. Juni 1949 – rund 2 500 West-Berliner Angehörige der freien Berufe sowie ambulante Händler und Kleingewerbetreibende, die nur oder überwiegend über Osteinnahmen verfügten, im Stadtteil Steglitz im Berliner Süden. Auf Initiative des Gewerbetreibenden Erich Wichert war hier eine Kundgebung anberaumt, die dem dringenden Interesse dieser durch die Währungsreform in existenzielle Bedrängnis geratenen Erwerbsgruppen an einem gesonderten Währungsausgleich für sie Nachdruck verleihen sollte. Im weiteren Verlauf zogen die Demonstranten vor das Schöneberger Rathaus. Die Bemühungen der West-Berliner Polizei, dies zu verhindern, erwiesen sich als vergeblich, und so gelang es einer Abordnung der Versammelten, bis ins Vorzimmer von Oberbürgermeister Reuter vorzudringen. Als draußen bekannt wurde, dass Reuter erklärt hatte, er habe keine Zeit, kam es zu „erregten Szenen“. Sprechchöre forderten einmal, dass der Magistrat sich rechtfertigen solle und dann wieder dessen Rücktritt. Die Verwaltung setzte sich aus „Betrügem“ und „Verbrechern“ zusammen, war u.a. zu hören. Schließlich erschien die Vorsitzende des Sonderausschusses für Währungsfragen, Ella Barowsky (FDP). Sie erklärte, dass der Währungsausschuss in dieser Sache bereits seit Wochen ergebnislos mit den Kommandanten der Westsektoren verhandle, teilte aber mit, dass der gerade tagende Ausschuss bereit sei, eine Abordnung der Demonstranten zu empfangen. Diese überreichte dem Ausschuss eine Liste mit Forderungen und Bedingungen. Hauptpunkte waren ein laufender

---

14 Im Ergebnis des Streiks und entsprechender Verhandlungen zahlte die Reichsbahn 60% der Löhne und Gehälter aus ihren westsektoralen Einnahmen in Westmark, die von der Lohnausgleichskasse – schrittweise bis auf 100 % – aufgestockt wurden.

15 Als jüngere Arbeit sei erwähnt: Burghard Ciesla, „Über alle Sektorengrenzen hinweg ...“. Die Deutsche Reichsbahn und die Berlin-Krisen (1945–1958), in: Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger (Hg.), *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948 : 1958*, Berlin 2000, S. 133ff.

16 Als Beispiel: Putsch bei der Berliner Eisenbahn. Ein Tatsachenbericht, hg. vom FDGB Groß-Berlin, Berlin 1949.

17 Die Bewegung der „Währungsgeschädigten“ ist bisher lediglich punktuell und unreflektiert in das gängige chronikalische Material eingebracht worden, siehe: Berlin – Ringen um Einheit und Wiederaufbau 1948–1951, hg. im Auftrag des Senats von Berlin, Berlin 1962.

sowie ein zum 1. April 1949 rückwirkender 1 : 1 -Umtausch von 60 Prozent der Ostmark-einnahmen im Ostwährungsgebiet tätiger Freiberufler und freier Gewerbetreibender in Westmark.<sup>18</sup> Das hätte genau dem Satz entsprochen, den Arbeiter und Angestellte, die Ost-Grenzgänger waren, von der Lohnausgleichskasse erhielten.<sup>19</sup>

Sollte sich der Reuter-Magistrat weigern, diese Forderungen innerhalb von acht Tagen zu erfüllen, würden „31 000 Betroffene der Westsektoren zusammen mit ihren Frauen und Kindern“ jeden Morgen um 9.00 Uhr vor dem Rathaus Schöneberg demonstrieren. Derartige Kundgebungen würden überdies auch vor der Alliierten Kommandantur stattfinden.

Angesichts dessen wurde der Abordnung mitgeteilt, dass sie sich besser gleich an die Westkommandanten wenden sollte, denn deren Vertreter hätten die Vorschläge der Währungskommission zur Regelung des Geldumtauschs für freie Berufe bisher immer nur mit einem Achselzucken beantwortet. Als sich daraufhin die Verärgerung der Demonstranten derart steigerte, dass die Situation zu eskalieren drohte, griff die Polizei ein. Das inzwischen verstärkte, vom Polizeipräsidenten Dr. Johannes Stumm persönlich befehligte, Polizeiaufgebot vertrieb die Protestierenden aus dem Rathaus und drängte sie zu den übrigen Versammelten, die sich vor dem Rathaus auf dem Rudolf-Wilde-Platz aufhielten, zurück. Dort trieben die Polizisten die Menge gewaltsam auseinander und verhafteten fünfzehn der Demonstranten.<sup>20</sup>

Die Ost-Berliner Presse griff den Vorgang sofort auf: Die „Berliner Zeitung“, das Blatt der SED-Bezirksleitung Berlin, berichtete am folgenden Tage, dass der Initiator der Protestkundgebung, Wichert, die Demonstranten aufgerufen habe, dass „sie, die die Intelligenz der Westsektoren verkörpern, endgültig Schluss machen sollen mit dem sich immer wieder als unfähig erweisenden so genannten Westmagistrat“.<sup>21</sup> Zur Untermalung brachte das Blatt das „Lied eines Grenzgängers – gesungen in Steglitz und Schöneberg, abseits des Markts und der vollen Läden, die nur für wenige da sind.“ Darin heißt es:

---

18 Berlin. Ringen, S. 299; „Berliner Zeitung“, 21.6.1949. Der Forderung „zum 1. April“ lag eine WEVO-Sonderregelung zugrunde, nach der bewirtschaftete Lebensmittel und lebensnotwendige Fixkosten noch bis 31.3.1949 in Ostmark bezahlt werden durften. Siehe: Dritte Verordnung zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsergänzungsverordnung) – WEVO – vom 20.3.1949, Ziffer 3, in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951, S. 1419. Bereits am 30.5.1949 waren vom Westmagistrat Vorschläge zur Linderung der Not der Währungsgeschädigten an die Westkommandanten übergeben worden, auf den diese bislang nicht reagiert hatten. Siehe: Berlin. Ringen, S. 264. Weiterhin hatte der Sonderausschuss für Währungsfragen am 2.6. Vorschläge sowohl für einen einmaligen Umtausch für alle bei der Währungsumstellung unberücksichtigten Bevölkerungsgruppen sowie zur Schaffung einer dauerhaften Umtauschmöglichkeit für Selbständige und Freiberufler an die Kommandanten eingereicht. Siehe: Berlin. Ringen, S. 273.

19 Etwas vereinfacht, erhielten Ostberliner Lohnumtauschberechtigte (West-Grenzgänger) anfänglich 10% ihrer Löhne und Gehälter in Westmark und 90% in Ostmark. Demgegenüber konnten – im Regelfall – Westberliner Lohnumtauschberechtigte (Ost-Grenzgänger) 60% ihres Ost-Einkommens 1 : 1 in Westmark eintauschen, siehe Lohnausgleichsrecht, WEVO, Ziffer 9, S. II – Ff.

20 „Berliner Zeitung“, 21.6.1949. Hierzu auch: Berlin. Ringen, S. 299.

21 „Berliner Zeitung“, 21.6.1949.

„Grenzgänger‘ sagte einer,  
wer das erfunden hat,  
dem geht’s wohl gut,  
der verdient Westgeld  
zu hundert Prozent.  
Und wir?’  
Es fehlt nur noch der Judenstern  
zur Diskriminierung der freien Berufe  
im Goldenen Westen Berlins“.<sup>22</sup>

Als Folge der Tumulte in Schöneberg verabschiedete die West-Berliner Stadtverordnetenversammlung am 21.6. in einem beschleunigten Verfahren das seit Monaten diskutierte „Gesetz über die Befriedung des Tagungsortes der Stadtverordnetenversammlung“ (Bannmeilengesetz).<sup>23</sup> Stadtverordnetenvorsteher Dr. Otto Suhr begründete die Entscheidung jedoch damit, „keine Wiederholung der Wildwestzustände, die wir im Ostsektor erlebt haben“, hinnehmen zu wollen. Er nahm in seiner verbalen Begründung nicht etwa Bezug auf die Ereignisse des Vortages, sondern auf die bekannte massive Störung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 6. September 1948, als durch SED-seitigen „Druck von der Straße“ die Spaltung des Berliner Stadtparlaments provoziert worden war.<sup>24</sup> Inwieweit die Tumulte des 20.6. von „Angehörigen der SED geschürt“ wurden – wie es in der später verfassten Berlin-Chronik des Senats heißt – ist nicht zweifelsfrei zu klären, zumal sie als solche nicht in Erscheinung traten.<sup>25</sup> Erwiesenermaßen hatte der Initiator Wichert, wie selbst die einschlägige SED-Berichterstattung erkennen lässt, weder mit der SPD noch mit der SED etwas im Sinn.<sup>26</sup> Dem aktuellen Parteienspektrum bzw. den etablierten politischen Richtungen war Wichert nicht zuzuordnen. Eine vorsichtige Einschätzung müsste wohl davon ausgehen, dass seine politische Haltung als „liberal“ anzusehen war; zumindest ist anzunehmen, dass die von ihm verfolgten Interessen über die seines Kreises der Freiberufler und Gewerbetreibenden nicht hinausgingen.

Schon zehn Tage nach der spontanen Protestkundgebung, am 30. Juni, versammelte sich die in deren Ergebnis gegründete „Notgemeinschaft der Währungsgeschädigten“, wie die Gruppen der Freiberufler, Gewerbetreibenden und sonstigen durch Osteinkommen Benach-

---

22 Ebd.

23 „Telegraf“, 22.6.1949; „Berliner Zeitung“, 21.6.1949.

24 Berlin. Ringen, S. 301f. Zum 6.9.1948 siehe: Berlin. Behauptung von Freiheit und Selbstverwaltung 1946–1948, hg. im Auftrag des Senats von Berlin, Berlin 1959, S. 626ff. Nach den Tumulten vor und im Ostberliner Neuen Stadthaus, wo die Stadtverordnetenversammlung (letztmals in Gesamtberliner Zusammensetzung) tagte, waren die Abgeordneten von SPD, CDU und LDP in den britischen Sektor gezogen und hatten sich im Studentenhaus „Taberna academica“ am Steinplatz noch am gleichen Tage als Abgeordnetenversammlung West konstituiert.

25 Berlin. Ringen, S. 299. Da die Senatschroniken auf Presseberichten basieren, fußt diese Feststellung offenbar auf westlichen Zeitungsmeldungen. Die Ost-Medien, die ebenfalls für die Chroniken herangezogen wurden, hatten – wie gezeigt werden wird – kein Interesse an einer derartigen Darstellung und nachweislich so nicht berichtet.

26 Dies geht u.a. hervor aus einem Schreiben des „Hauptausschusses der Währungsgeschädigten“ vom 12.7.1949 an den West-Berliner Bürgermeister Friedensburg sowie die Stadträte Barowsky und Klingelhöfer, in: LAB, C Rep. 901 Nr. 292.

teiligten im Ganzen etwas unscharf bezeichnet wurden, in „Kliems Festsälen“ in der Neuköllner Hasenheide. Zum Vorsitzenden der neuen Organisation wurde Erich Wichert gewählt. Nach ersten ergebnislosen Verhandlungen drohte der neue Vorsitzende mit weiteren Massendemonstrationen, betonte aber – jetzt und künftig – die parteipolitische Neutralität seiner Organisation.<sup>27</sup>

Interessant ist darüber hinaus Folgendes: Im sowjetischen Sektor, im „Haus Vaterland“ in Karlshorst, fand – ebenfalls am 30. Juni – eine weitere Versammlung von „Währungsgeschädigten“ bzw. „unberücksichtigten Grenzgängern“ statt.<sup>28</sup> Diese wiederum wurde von einem soeben gebildeten so genannten „Komitee der freien Berufsangehörigen und selbständigen Gewerbetreibenden“ einberufen.<sup>29</sup> Damit war zeitgleich eine zweite Organisation von „Währungsgeschädigten“ entstanden.

### 3. Das Interesse der SED

In Anbetracht dieses seltenen und auffälligen Engagements der Ostseite für die sozialen Belange der West-Berliner Bevölkerung muss zunächst ein Zeitungsartikel erwähnt werden, der bereits drei Wochen nach der Westmarkumstellung der Berliner Westsektoren in der „Berliner Zeitung“ erschienen war.<sup>30</sup> Es war dies eine immerhin halbseitige Leserzuschrift fragwürdiger Authentizität unter der Überschrift: „Grenzgänger‘ haben ein Recht zum Leben“. Der Absender, so heißt es, „möchte seinen Namen nicht veröffentlichen“, „da er in Westberlin wohnt und Repressalien befürchtet“. Auffällig ist an dem Artikel die terminologische und inhaltliche Deckungsgleichheit mit der Argumentationsweise und der Diktion der SED. Das war für einen – wie mitgeteilt wird – durch die Blockade von Arbeitsverlust betroffenen Durchschnitts-West-Berliner völlig untypisch. Da, so der Autor, „im Ostsektor Fachkräfte gesucht wurden“, wäre er Grenzgänger geworden. Er sei jedoch nicht gewillt, sein ehrlich verdientes Geld angesichts des Währungs-„Verbrechens“ zum „Schwindelkurs“ zu tauschen. „Ist es schon wieder so weit wie bei den Nazis, dass die Menschen in verschiedene Kategorien eingeteilt werden?“<sup>31</sup> Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, wurde die Gründung einer „Interessengemeinschaft für Währungsgeschädigte“ mit Sitz bezeich-

---

27 Berlin. Ringen, S. 315.

28 „Berliner Zeitung“, 21.6.1949.

29 Ebd.

30 „Berliner Zeitung“, 10.4.1949.

31 Ebd. Der Bezug ist folgender: Nach dem Lohnausgleichsrecht überlagerten sich bei der Bemessung der individuellen Ansprüche Wohnort und Ort der Eintragung der jeweiligen Lebensmittelkarte, so dass in der Tat eine Reihe von Kategorien entstand. (Extremfall waren diejenigen West-Berliner, die im Sommer 1948 einem Angebot der SMA folgten und Lebensmittel aus Ost-Berlin bezogen. Diese „Abtrünnigen“, im Westen sowohl wohnhaft als auch beschäftigt, erhielten wie die Westgrenzgänger nur 10% ihres Einkommens in der Westwährung, hatten im Gegensatz zu diesen jedoch ihre Fix- und sonstigen Kosten in Westmark zu begleichen. Nach einem Bericht der Berlinvertretung der bizonalen Wirtschaftsverwaltung waren es August 1948: 21 000 = 1% (jeweils der Bevölkerung), September 1948: 32 000 = 1,5%, November 1948: 50 000 = 2,4%, Dezember 1948: 54 834 = 2,6%, Januar 1949: 68 959 = 3,3%. siehe Gerhard Keiderling, „Rosinenbomber über Berlin“. Währungsreform, Blockade, Luftbrücke, Teilung, Berlin 1998, S. 267ff.

nenderweise im Ostsektor vorgeschlagen. Hinter ihr müssten der „Magistrat von Groß-Berlin und der FDGB als Massenorganisation“ stehen. „Währungsgeschädigte im Westen“ kämen nur zu ihrem Recht, wenn die Interessengemeinschaft dafür Sorge trüge, dass u.a. „Westsektoren-Bewohner bei Exmittierungen eine Wohnung im Ostsektor erhalten“, schließt der Beitrag. In einem anschließenden Bericht der Zeitung werden Zahlen von „Währungsgeschädigten“ genannt: es seien rund „100 000 beschränkt Umtauschberechtigte“ sowie „Zehntausende von Selbständigen, Pensionären und sonstigen Personen mit Ostmark-einkünften“.<sup>32</sup> Diese Gruppen wurden zur Verweigerung der Westmarkzahlungen aufgerufen. Dies hätte – so heißt es – jedoch nur „Sinn, wenn möglichst viele Betroffene gemeinsam vorgehen“. Daher wäre die vorgeschlagene Interessengemeinschaft unbedingt vonnöten, die überdies „Anhaltspunkte für Sofortmaßnahmen geben würde“.<sup>33</sup> Dass die soziale Lage des freiberuflichen und selbständigen Mittelstandes zum Thema der SED-Propaganda wurde – Westkommandanten und West-Berliner Magistrat hatten mit der Vernachlässigung deren sozialer Befindlichkeit eine offene Flanke dargeboten – wird am Detail evident: Am 15. April 1949 griff das SED-Blatt „Berliner Zeitung“ West-Berliner Ärzte an, die keine Ost-Berliner Kassenpatienten behandelten, da sie für diese nach der Spaltung der Versicherungsanstalt Berlin (VAB) nur Kassenbeträge in der Ostwährung vereinnahmen konnten, für die es jedoch keinen Umtausch gab. Wenige Tage später jedoch brachte die gleiche Zeitung unter dem Titel „Westberliner Ärzte vor dem Ruin“ quasi ein Dementi in Form eines wiederum nicht autorisierten Leserbriefs eines West-Berliner Arztes, in der jetzt der „Westmagistrat“ wegen Benachteiligung des Mittelstandes angegriffen wurde. Das Blatt warb nunmehr um Verständnis für die Lage des Arztes und seiner ebenfalls betroffenen Kollegen und verwies auf die „Unsinnigkeit der Separatwährung in Westberlin“.<sup>34</sup>

Nun versuchte die westliche Seite einen Vorstoß: Am 20. Mai 1949 beauftragte die West-Berliner Stadtverordnetenversammlung ihren Magistrat, Freiberuflern und Selbständigen mit Osteinkommen wenigstens in begrenztem Umfang Ostmark 1 : 1 in Westmark umzutauschen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Betroffenen „bald von ihren Sorgen erlöst“ würden, wäre jedoch die Umprofilierung der „Lohnausgleichskasse in eine Zuschusskasse“. Das wiederum würde praktisch nur möglich, wenn ein diesbezüglicher „Antrag des Magistrats bei den westlichen Militärregierungen Erfolg“ hätte.<sup>35</sup> Ein einschlägiges Papier wurde umgehend ausgearbeitet und am 30. Mai 1949 an die Kommandanten der

---

32 „Berliner Zeitung“, 10.4.1949. Die Zahlen decken sich mit den offiziellen Angaben. Richtigerweise wird zudem erklärt, dass die Zahl aller West-Berliner Währungsgeschädigten, rechnet man die Arbeitslosen – die zumindest zu 50% und mit steigender Tendenz zu den Währungsoffern gerechnet werden müssen – hinzu, so kommt man bei Hochrechnung auf die Familien (mal 3) auf rund eine Million Betroffene. Das ist die Hälfte der Westberliner Bevölkerung. Daran wird aber auch die Konturenlosigkeit der Währungsgeschädigten sichtbar. Da das bezeichnende Leitkriterium „Währungsschädigung“ graduell unterschiedlich auf zumindest die erwähnte Million zutrifft, wäre eine begriffliche Differenzierung vonnöten gewesen, die jedoch nie erfolgt ist. Klar ist jedoch, dass die SED Grund hatte, den Rahmen so weit zu stecken, da sie allgemein über die brennenden sozialen Fragen eine Volksbewegung gegen den „Spalter“-Magistrat ins Leben zu rufen suchte sowie konkret die soziale Problematik vor allem des Mittelstands mit Ostmark-Einkünften mit der politischen Frage der Ausgrenzung der West-Berliner SED-, FDGB- bzw. der Mitarbeiter des „Berliner Rundfunks“ verknüpfen wollte.

33 Ebd.

34 „Berliner Zeitung“, 20.4.1949.

35 „Telegraf“, 21.5.1949.

Westsektoren übergeben.<sup>36</sup> Nachdem der West-Berliner Magistrat einen ganzen Monat lang auf eine Antwort warten musste, wurde der Antrag im Ganzen, einschließlich des Vorschlages einer einmaligen Hilfe für die „Währungsgeschädigten“, am 30. Juni abgelehnt. Einer einstimmig angenommenen Entschließung der Stadtverordnetenversammlung zufolge hatte die Ablehnung der Währungsvorschläge „bittere Enttäuschung, tiefe Bestürzung“, und die „Besorgnis schwerer wirtschaftlicher, sozialer und politischer Folgen ausgelöst“. Dies umso mehr, als die Westkommandanten dem Magistrat nicht gestatteten, „seine politischen Gegner vom Vorteil des Lohnumtauschs auszuschließen“. Der Grund für dieses Verdikt war ein Beschluss der West-Berliner Stadtverordnetenversammlung, den Angestellten der SED und des FDGB keinen Lohnumtausch zu gewähren. Nach Maßgabe der Alliierten Kommandantur sollten die Betroffenen jedoch ihre „Ostgeldeinnahmen auch weiterhin, allerdings ‚nur in letzter Priorität‘ erhalten“ – eine wohl etwas praxisferne Weisung.<sup>37</sup>

Angesichts dieser Entwicklung dürfte die SED, die offensichtlich bereits an eine politische Instrumentalisierung der „Währungsgeschädigten“ gedacht hatte, von den spontanen Aktivitäten Wicherts kaum überrascht worden sein. Da man ihm, so er nun einmal da war, die politisch attraktive Gruppe vieler Tausender höchst unzufriedener Freiberufler und Gewerbetreibender (welche man ohnehin schon im Blick hatte) jedoch nicht zu überlassen gedachte, musste schnell und effizient reagiert und somit unter Einsatz aller, auch bestehender struktureller Möglichkeiten sofort eine eigene Organisation ins Leben gerufen werden. Dazu kam jedoch noch ein weiteres, existenzielles Motiv. Es war zu befürchten, dass die Zahl der Lohnumtauschs-Ausschlüsse der Beschäftigten der SED und ihres „Transmissionsriemens“ FDGB ansteigen würde. In Anbetracht dieser Gefährdung ihrer personellen Substanz ergab sich die Notwendigkeit und bot sich die Chance, im Rahmen der „Währungsgeschädigten“-Bewegung auch in dieser Frage an den Ball zu kommen.<sup>38</sup>

#### 4. Der Vormarsch der Bewegung im Zeichen der Vereinnahmungsversuche der SED

Die Entscheidung der Kommandanten der Westsektoren und die Stellungnahme des West-Berliner Magistrats trugen zweifellos zum Hochlaufen der „Währungsgeschädigten“-Bewegung bei: Noch am 30. Juni legte das soeben in Ost-Berlin gebildete „Komitee der freien Berufsangehörigen und selbständigen Gewerbetreibenden“ seinen Anhängern und Sympathisanten eine Protesterklärung mit Unterschriftsliste vor. Es wurden Forderungen aufgestellt, die große Ähnlichkeit mit denen der „Notgemeinschaft“ von Wichert hatten.

---

36 Berlin. Ringen, S. 264.

37 „Tagesspiegel“, 1.7.1949.

38 Bereits in den ersten Wochen nach der Währungsreform gab es einschlägige Erscheinungen. So erhielten West-Berliner Beschäftigte des Berliner Rundfunks und zahlreicher Verlage, die ihren Sitz im sowjetischen Sektor hatten, von einigen Bezirksämtern nicht den Registrierungsvermerk, welchen im Ostsektor Beschäftigte zum Geltendmachen ihrer Lohnumtauschs-Ansprüche benötigten. Siehe „Berliner Zeitung“, 7.4.1949.

Darüber hinaus wurde ein gesetzliches Moratorium für alle „Schulden an Behörden und Private, die uns durch die Unrechtsverordnung vom 20.3.1949 zugefügt worden sind“, gefordert. Das „Komitee“ verlangte vom Magistrat eine Sofort-Regelung bis zum 5. Juli 1949.<sup>39</sup> Als bis zu diesem Zeitpunkt seitens des Westberliner Magistrats keine Reaktion erfolgt war, gab es noch am gleichen Tag ein Informationspapier eines „Hauptausschusses“ an alle Zeitungsredaktionen und Berliner Sender weiter, in dem seine wichtigsten Forderungen aufgeführt wurden. Der „Hauptausschuss“, bestehend aus 55 Mitarbeitern des Komitees, verfügte – offenbar nach Ausschöpfung der Strukturen, Verbindungen und sonstigen Ressourcen der westsektoralen SED – zu diesem Zeitpunkt bereits über eine zentrale Geschäftsstelle in der Charlottenburger Kaiser-Friedrich-Straße und 12 Anlaufstellen in den Bezirken der Westsektoren.<sup>40</sup> Die Gesamtkoordination der Organisation lag in den Händen des West-Berliner SED-Funktionärs Erich Hinz.<sup>41</sup> In besagtem Informationspapier wurde zudem von ersten Zusagen des Bürgermeisters Dr. Friedensburg berichtet, die er am 2. Juli einer Delegation des „Hauptausschusses“ gegeben hatte: Einstellung aller (bei den „Währungsgeschädigten“ auf Grund von Zahlungsunfähigkeit inzwischen vermehrt auflaufenden) Wohnräumungen plus Vollstreckungsschutz für alle „Währungsgeschädigten“ sowie Vermeidung von Nachteilen für diejenigen unter ihnen, die infolge des Mangels an Westmark mit ihren Zahlungen für Gas, Wasser, Strom, Telefon und anderen Leistungen in Rückstand geraten waren.<sup>42</sup> Von Räumung bedrohte „Währungsgeschädigte“ wurden vom „Hauptausschuss“ gebeten, den Berliner Rundfunk zu verständigen.<sup>43</sup> In den folgenden Tagen warf der West-Berliner Magistrat dem „Hauptausschuss“ jedoch vor, keine geeigneten Vorschläge zur Finanzierung des Währungsausgleichs zu machen. Überdies war der Verdacht parteipolitischer Ziele geäußert worden. Daraufhin wies der „Hauptausschuss“, der sich als Vertreter aller „Währungsgeschädigten“ definierte, dem Magistrat die Aufgabe zu, „die Fehler, die hier durch die Verordnungen vom 20. März entstanden sind, richtig zu stellen“. Zum anderen Vorwurf hieß es: „Wir kennen keine parteipolitischen Forderungen. Wir kennen nur die Forderungen nach einem gleichmäßigen, gerechten und demokratischen Geldumtausch“.<sup>44</sup> In einer Gesetzesvorlage des „Hauptausschusses“ an die West-Berliner Stadtverordnetenversammlung war in §1 folgende Definition enthalten: „Währungsgeschädigter ist, wer seinen Wohnsitz im amerikanischen, englischen oder französischen Sektor hat, den Hauptteil seines Verdienstes in DM der Deutschen Notenbank bezieht und weniger als zwei Drittel im Verhältnis 1 : 1 in DM der Bank der deutschen Länder umgetauscht erhält.“ Diese Definition hob sich sehr deutlich von der bisherigen gruppenspezifischen Identifikation der Währungsgeschädigten mit den Freiberuflern und Gewerbetreibenden ab. Sie entsprach aber dem dringenden Interesse der SED, ihre zunehmend vom Lohnumtausch ausgeschlossenen Beschäftigten in die Klientel der Bewegung und die zu erzielenden Resultate des Kampfes der „Währungsgeschädigten“ einzubeziehen. Ohne praktischen Belang jedoch war der Zu-

39 LAB, C Rep. 303–26 Nr. 77, Bl. 74.

40 Merkblatt des „Hauptausschusses“, o. Datum, in: LAB, C Rep. 901 Nr. 292

41 Besprechung über das „Komitee der Währungsgeschädigten“ am 6.7.1949, in: LAB, C Rep. 901 Nr. 292.

42 Laut Merkblatt fußte der Vollstreckungsschutz auf dem Vollstreckungsmissbrauchsgesetz vom 13.12.1934 in Verbindung mit Artikel IV der Schutzverordnung.

43 Pressemitteilung des „Hauptausschusses“ vom 5.7.1949, in: LAB, C Rep. 901 Nr. 292.

44 Erklärung des „Hauptausschusses“ vom 11.7.1949, in: LAB, C Rep. 901 Nr. 292.

satz: „Währungsgeschädigter ist auch, wer infolge der Währungsumstellung vom 20. März arbeitslos ohne Einkommen und Lohn ist“.<sup>45</sup> Ein westsektoraler Arbeitsloser erhielt eine Arbeitslosenunterstützung in Westmark in geringer Höhe, so dass hier, abgesehen vom Bezug bewirtschafteter Lebensmittel, die allgemeine Tendenz des Ostgeldeintauschs und Osteinkaufs herrschte: eine Option, die wohl eher zufällig aus dem Währungsgefälle erwachsen war und zwiespältig wirkte. Denn einerseits schädigten sowohl der Einkauf im Osten als auch die Auftragsvergabe an das Ostwährungsgebiet die West-Berliner Wirtschaft noch zusätzlich, was die Bürgermeisterin Louise Schröder dazu veranlasste, die West-Berliner zu ermahnen, ihre DM (West) nur in den Westsektoren auszugeben.<sup>46</sup> Andererseits jedoch war der Billigerwerb östlicher Produkte und Leistungen ein soziales Überdruckventil für die sozioökonomisch zunehmend vom Umland abgeschlossenen und vorläufig noch weitgehend auf sich selbst angewiesenen Westsektoren.

Am 6. Juli 1949 erklärte der „Hauptausschuss im Komitee der Währungsgeschädigten“ während einer Pressekonferenz, dass er den vier Berliner Kommandanten nunmehr auf direktem Wege Forderungen der Freiberufler übergeben werde.<sup>47</sup> Was in Sonderheit der sowjetische Stadtkommandant mit den Forderungen anfangen sollte, bleibt wohl im Nebel, zumal er mit seinen für die Westsektoren zuständigen Kollegen zu dieser Zeit prinzipiell keinen Gedankenaustausch mehr pflegte.

Für die Bestrebungen der SED, die Bewegung der „Währungsgeschädigten“ im Ganzen in die Hand zu bekommen, gab es ein allgemeines und ein ganz konkretes Motiv. Das allgemeine Motiv bestand darin, als Bannerträger sozialer Gerechtigkeit ihren Einfluss unter der West-Berliner Bevölkerung zu erweitern. Das konkrete Motiv lief darauf hinaus, eine Plattform zu finden, um – wie bereits angedeutet – systematisch gegen die Praxis des Ausschusses vom Lohnumtausch derjenigen Ost-Grenzgänger anzugehen, die „beim Berliner Rundfunk oder bei irgendwelchen politischen, sozialpolitischen oder gewerkschaftlichen Einrichtungen des Ostsektors tätig sind“.<sup>48</sup> Die Gründe dafür lagen einerseits in der vom West-Berliner Magistrat gezielt vorangetriebenen Verringerung und angestrebten Eliminierung des Westeinflusses der SED und andererseits im personell-fachlichen Substanzverlust der politisch wichtigen Institutionen und Organisationen des östlichen SED-Systems. Letztlich ließen sich die dort tätigen West-Berliner trotz ihrer existenziellen Gefährdung in der Regel nicht dazu hinreißen, ihrer Arbeitsplätze wegen in den Osten zu ziehen.<sup>49</sup> In einer Besprechung der SED-Landesleitung wurde das Vorgehen präzisiert. Hauptinstrument war der West-Berliner SED-Apparat: Die Kreisbüros der West-Berliner Bezirke sollten beispielsweise zur Einberufung von Versammlungen an die Handwerksinnungen herantreten und die Unterausschüsse des SED-Landesausschusses „Für Einheit und gerechten Frieden

---

45 Wie es in dem Dokument heißt, wurde die an die West-Berliner Stadtverordnetenversammlung herangetragene Vorlage vom Rechtsamt der Stadtverordnetenversammlung, das unter dem Vorsitz von Stadtrat Killinger (FDP) stand, abgelehnt. „Öffentliche Anklage der Währungsgeschädigten“, o.D., in: ebd.

46 Berlin. Ringen, S. 357.

47 „Berliner Zeitung“, 7.7.1949.

48 „Öffentliche Anklage der Währungsgeschädigten“, o.D., in: LAB, C Rep. 901 Nr. 292.

49 Kurt Pritzkolet, Berlin. Ein Kampf ums Leben, Düsseldorf 1962, S. 83f. Obwohl der „Wanderungsverkehr“ zwischen Ostsektor und Westsektor als Berlin-interner Vorgang bis 1949 behördlich nicht gesondert erfasst wurde, lässt sich aus den Zahlen von 1950, die als Zuzüge von Ostsektor nach Westberlin 23 256 und umgekehrt lediglich 8 907 nennen, eine ähnliche Tendenz für 1949 schließen.

Berlin“ Delegierte in die Bezirksämter entsenden. Diese sollten die Einhaltung von Zusagen wie z.B. bezüglich des vereinbarten Schuldenmoratoriums kontrollieren.

Zudem ginge es darum, „dass sämtliche Westkreise eine klare Aufgabenstellung zur politischen und organisatorischen Unterstützung dieser Arbeit schnellstens erhalten“. Außerdem sollten die SED-Wohngruppen eingeschaltet werden, um Betroffene für das Komitee zu mobilisieren. Gleichzeitig sollte Wicherts „Notgemeinschaft“ ausgeschaltet bzw. vereinnahmt, in jedem Falle neutralisiert werden: „Entscheidend ist unsere Stellung zu der öffentlichen Kundgebung, die Wichert am 13. Juli 1949, um 18 Uhr, vor dem Friedenauer Rathaus veranstalten will. Eine Beteiligung unseres Komitees ist auf alle Fälle notwendig. Es muss jedoch vorher mit dem Komitee Wichert festgelegt werden, dass Genosse Hinz neben Wichert das Wort erhält. Der Kontakt mit Wichert muss weiterhin aufrechterhalten werden mit dem Ziel, unsere Forderungen zu stellen und Wichert damit zu entlarven. Es ist offensichtlich, dass die Amerikaner interessiert sind, den Kreis von Wichert gegenüber Reuter und der SPD zu unterstützen und gleichzeitig versuchen, uns die Führung dabei zu nehmen.“<sup>50</sup>

Ob die Amerikanische Besatzungsmacht von der SED-Steuerung des „Hauptausschusses“ genaue Kenntnis hatte und deswegen Wichert unterstützte, ist ebenso wenig zu verifizieren wie mögliche anders lautende Motive und ist wahrscheinlich auch nicht unbedingt relevant. Doch ist zu bedenken, dass Wichert ein gerüttelt Maß Unruhe in den amerikanischen Sektor hineingetragen hatte.

Am 12. Juli beschloss der Westmagistrat eine Abgabe „zur Linderung der Not der Währungsgeschädigten“, das so genannte „Währungsnotopfer“: Arbeitnehmer hatten 1,5 Prozent ihres Bruttoarbeitslohnes, Selbständige 2 Prozent ihrer Einkünfte und Körperschaften 2,5 Prozent ihrer Überschüsse und Gewinne abzuführen. Während das arbeitnehmerseitige Aufkommen ein inzwischen erhebliches Defizit der Lohnausgleichskasse kompensieren sollte, würde das „Währungsnotopfer“ der Selbständigen und Körperschaften für den Währungsausgleich derjenigen West-Berliner herangezogen werden, die ganz oder größtenteils über Ostmark-Einkommen verfügten.<sup>51</sup> Eine konkrete Umtauschmöglichkeit für die Freiberufler und Selbständigen bestand damit jedoch noch lange nicht. Bezeichnenderweise wurden noch am gleichen Tag alle Handwerksmeister, die im Ostsektor ihre Werkstätten hatten und im Westsektor wohnten, vom „Hauptausschuss“ telefonisch aufgefordert, sich „sofort“ dem „Komitee der Währungsgeschädigten“ anzuschließen.<sup>52</sup> Für den „Hauptausschuss“ bestand auch Grund zur Eile: Für den 14. Juli war eine gemeinsame Protestversammlung in der „Neuen Welt“ in der West-Berliner Hasenheide geplant, bei der im Übrigen auch die „Notgemeinschaft des Herrn Wichert“ zugegen sein sollte. Zur propagandistischen Vorbereitung dieser Veranstaltung nahm der „Hauptausschuss“ Kontakt zu den wichtigsten Berliner Ra-

---

50 Besprechung im SED-Landesvorstand über das „Komitee der Währungsgeschädigten“ am 6.7.1949, in: LAB, C Rep. 901 Nr. 292. Die Interpretation der Haltung der Amerikaner zu Wichert als Unterstützung zu bezeichnen ist fragwürdig, zumal die parteipolitische oder ideologische Einstellung Wicherts – abgesehen vom unerklärlich starken Hass auf die „Reuter-SPD“ – nicht genau nachzuzeichnen ist. Fakt ist, dass Wichert im amerikanischen Sektor für Unruhe sorgte und einen Graben zwischen Regierung und Bevölkerung aufriß. Gegenüber der SED war er für die Amerikaner freilich das kleinere Übel.

51 Berlin. Ringen, S. 329.

52 Bericht der Besprechung des „Hauptausschusses der Währungsgeschädigten“ mit Handwerksinnungsmeistern sowie dem Berliner und dem Nordwestdeutschen Rundfunk vom 11.7.1949, in: LAB, C Rep. 901 Nr. 292.

diosendern, dem RIAS, dem NWDR sowie dem Berliner Rundfunk auf. Alle diese Sender sagten eine Beteiligung mit Lautsprecher- und Übertragungswagen zu. Der SED-gesteuerte Berliner Rundfunk erklärte sich zudem bereit, vorab täglich Hinweise zu geben und „Währungsgeschädigte“ zu interviewen.<sup>53</sup> Überdies wurden Bürgermeister Dr. Friedensburg sowie die Stadträte für Wirtschaft und Soziales, Klingelhöfer und Barowski, eingeladen.

Am 13. Juli trafen sich Hinz und Georg Hennig, ein weiterer Vertreter des „Hauptausschusses“, in Steglitz mit Wichert. Angesichts eines Anrufes der Polizei, die für den Fall erneuter Provokationen mit härteren Mitteln drohte, gelang es den beiden SED-Leuten, Wichert von der für den Abend geplanten Kundgebung auf dem Friedenauer Lauterplatz im Bezirk Schöneberg abzubringen. Eine dortige Veranstaltung wäre für ihn gewissermaßen ein „Heimspiel“ gewesen, da das vom mittleren Süden ausgehende Berliner Flächensegment bis einschließlich Tiergarten von der SED „vollkommen vernachlässigt“ worden und Wicherts Einfluss in Schöneberg und Steglitz am größten war.<sup>54</sup> Dementsprechend rückte die vom „Hauptausschuss“ initiierte gemeinsame Kundgebung, die für den darauf folgenden Tag geplant war, ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Laut SED-Gesprächsprotokoll „gab Wichert durch verschiedene Äußerungen seine organisatorische und moralische Schwäche zu und stimmte allen Vorschlägen von Hinz und Hennig zu.“<sup>55</sup>

Am Tag der Kundgebung gab es bereits in der U-Bahn lebhaftere Diskussionen unter denjenigen, die zur Hasenheide unterwegs waren: „Sind die da oben denn blind? Wenn sie die Menschen so ungerecht behandeln, dann sollen sie den Platz solchen überlassen, die es besser verstehen. Wenn die so weiter machen, so gehen die Menschen im Westen ja alle zum Russen über, man stelle sich das vor! Wir werden die jedenfalls nicht wieder wählen.“<sup>56</sup>

Ab 17.00 Uhr strömten die Menschen in Massen zur „Neuen Welt“. Um 18.00 Uhr waren bereits Tausende vor Ort.<sup>57</sup> Zunächst wurde vom Versammlungsleiter etwas blauäugig bekannt gegeben, dass sich die „Notgemeinschaft“ mit dem „Hauptausschuss“ vereinigt habe, dass zudem die „Berliner Studenten sich uns angeschlossen (haben)“ und man „von jetzt ab den Kampf gemeinsam führen“ würde. Als der Redner in die Menge hinein fragte, ob die eingeladenen Vertreter des (West)-Magistrats anwesend seien, ertönten Zwischenrufe: „Ja, die Polizei!“<sup>58</sup> Anschließend sprach Wichert. Er warf der SPD vor, als einzige demokratische Partei für die Währungsvorlage zur Einführung der Westmark gewesen zu sein: „Herr Reuter, hier stehen die tapfersten Berliner, wir haben auf alles verzichtet. Wir haben die Härte der Blockade ertragen in dem Glauben an Freiheit und Gerechtigkeit. Der Dank dafür ist Ihr Verrat. Wir sind nicht die Vergessenen, wir sind die Verratenen. Man repariert in Steglitz eine Turmuhr für 35 000 Westmark (Zwischenruf: „Seit wann ist Swolinzky Uhrmacher?“)<sup>59</sup> Wir fragen: Ist eine Turmuhr mehr wert als 10 000 Menschen?“<sup>60</sup> Am Ende

---

53 Bericht des „Hauptausschusses der Währungsgeschädigten“ vom 11.7.1949, in: ebd.

54 Bericht an den SED-Landesvorstand über die „Gemeinschaft der Währungsgeschädigten“ vom 17.8.1949, in: ebd.

55 Bericht über eine Sitzung bei Müller, Bücherrevisor in Steglitz, 13.7.1949, in: ebd.

56 Bericht der Abt. Massenagitation des SED-Landesvorstandes Berlin vom 15.7.1949, in: ebd., S. 1.

57 „Tagesspiegel“, 15.7.1949.

58 Bericht der Abt. Massenagitation (wie Anm. 56), S. 2.

59 Kurt Swolinzky, Mitglied des SPD-Landesvorstandes Berlin, war zur betreffenden Zeit Bezirksbürgermeister von Steglitz.

60 Bericht der Abt. Massenagitation (wie Anm. 56), S. 3.

seiner Rede schlug Wichert eine Resolution vor, in welcher die „Währungsgeschädigten“ dem sozialdemokratischen Westmagistrat ihr stärkstes Misstrauen aussprechen sollten sowie CDU und FDP aufgefordert würden, sich diesem „Misstrauensvotum“ anzuschließen. Die Resolution kam jedoch nicht zur Abstimmung.<sup>61</sup> Hinz, Vorsitzender des „Hauptausschusses“ und einflussreichster „Undercover“-Aktivposten der SED unter den „Währungsgeschädigten“, sprach davon, dass das Gesetz zum Schutz der „Währungsgeschädigten“ laut Aussage des Dr. Friedensburg bereits vorläge. Die unteren Dienststellen hätten davon jedoch keine Kenntnis. Auf eine nochmalige Anfrage hin sei mitgeteilt worden, dass es erneut geprüft werden müsse. Friedensburg selbst sei übrigens schriftlich zu heute eingeladen worden. (Zwischenruf: „Der ist immer noch in seinem Bergwerk!“)<sup>62</sup> Es käme jetzt darauf an, die Bewegung in den Vordergrund zu stellen, dann hätte man das gesamte Volk hinter sich: „Wir wollen uns nicht auf den Prozente-Kampf einlassen. Wir erkennen das Notopfer der Hundertprozentigen nicht an, denn dadurch sollen wir nur gegeneinander ausgespielt werden. Der Gedanke der Volksbewegung ist gleiches Recht für alle“. Hinz hob dabei wiederholt den unpolitischen Charakter der Bewegung hervor.<sup>63</sup> Nichtsdestotrotz stand für ihn fest: „Ein Magistrat, der nicht imstande ist, sein Haus in Ordnung zu halten, müsse abtreten“.<sup>64</sup> Ein Studierender meinte, dass es notwendig sei, alle Menschen in die Bewegung der Währungsgeschädigten einzuschließen, alle Berliner, auch die Ost-Berliner.<sup>65</sup> Danach sprach der Student Gesenberg, SED-Mitglied und im „Hauptausschuss“ zuständig für die Verbindung zu „Intellektuellen und Künstlern“.<sup>66</sup> Er stellte fest, dass entgegen Zeitungsberichten, in denen stehe, dass die in Ost-Berlin studierenden West-Berliner 90,- DM umgetauscht bekämen und man ihnen damit spürbar unter die Arme greifen würde, bisher nur 178 Studenten ihr Geld erhalten hätten. Das läge daran, dass durch den Betreffenden nachzuweisen sei, dass er an einer West-Berliner Uni keinen Studienplatz erhalten habe.<sup>67</sup> Also „bestimmen kleine Magistratsbeamte“ darüber, „ob ein Student Vorlesungen bei Prof. Sauerbruch an der Humboldt-Universität hören wolle“. Immerhin schlage der „Telegraf“ den „studentischen Kundendienst“ vor. Man könne „z.B. Teppiche ausklopfen (Zwischenruf: ‚Magistrat ausklopfen‘) oder Mariechen zum Tanz führen. Ich frage: Sind wir Studenten denn Eintänzer?“<sup>68</sup> Ein Ingenieur empfahl: „Man sollte Herrn Reuter statt 2 400,- Westmark ein Gehalt

61 Ebd., S. 4.

62 Volker Koop, Tagebuch der Berliner Blockade, Bonn 1998, S. 142. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte man im Berliner Süden, bei Marienfelde, als auch im Norden der Stadt Braunkohle-Lagerstätten entdeckt. Friedensburg begann sich nach den ersten Blockade-Monaten sehr für einen frühestens ab Herbst 1949 möglichen Abbau zu engagieren, zu dem es nicht mehr kam.

63 Bericht der Abt. Massenagitation, S. 4f.

64 „Berliner Zeitung“, 15.7.1949.

65 Bericht der Abt. Massenagitation (wie Anm. 56), S. 5f.

66 Bericht an den SED-Landesvorstand über die „Gemeinschaft der Währungsgeschädigten“ vom 17.8.1949, in: LAB, C Rep. 901 Nr. 292.

67 Nach einer Verfügung der Finanzabteilung des Senats vom 30.5.1949 – Käm. II 5 – waren Unterhaltsbezüge für Schüler und Studenten durch die Lohnausgleichskasse umzutauschen. Studenten mit West-Lebensmittelkarte konnten bis zu 90,- DM und Studenten mit Ostlebensmittelkarte 30,- DM monatlich im Verhältnis 1 : 1 umtauschen. Für Schüler betragen die Sätze 70,- und 25,- DM. – in: LAB, F Rep. 280 (LAZ), Nr. 10931, Rundschreiben der Abt. Sozialwesen des Westberliner Senats zu den Auswirkungen der Währungsergänzungsverordnung vom 7.7.1949.

68 Bericht der Abt. Massenagitation (wie Anm. 56), S. 6f.

von 300,- Ostmark geben. Vielleicht wird er dann vom gleichen Gerichtsvollzieher besucht wie ich“.<sup>69</sup> Hennig erwähnte die steigende Zahl der Selbstmorde.<sup>70</sup> Ein weiterer Redner meinte: „Was uns vom Westmagistrat angetan wird, stellt selbst Hitler in den Schatten. Wir haben Kampfbünde gegen Unmenschlichkeit. Der Westmagistrat begeht täglich Verbrechen der Unmenschlichkeit an Frauen und Kindern. Wir wollen ja nicht nach dem Osten, wir sind alle Berliner und das ist unsere Heimat und wir waren immer hier“.<sup>71</sup> Am Ende der Kundgebung meinte ein Redner: „Der Telegraf sagt uns nach, dass wir im Trüben fischen, das ist gelogen. Wir fordern nur unser Recht.“<sup>72</sup> Die Versammlung forderte die Gewährung langfristiger Kredite für jene, die „ihr Geschäft in die Westsektoren verlegen wollen“.<sup>73</sup> In einer abschließenden Einschätzung der SED-Landesleitung hieß es: „Besonders günstig wirkte es, dass in keiner Weise von den Anwesenden festgestellt werden konnte, dass dieses eine Angelegenheit der SED war. Besonders ist zu berücksichtigen, dass man an diese Menschen des Mittelstands in sehr vorsichtiger Form und auf eine geschickte Art herangehen muss.“ Es müsse jedoch weiterhin „eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei“ sein, „sich mit den ‚Währungsgeschädigten‘ zu beschäftigen, um sie positiv zu beeinflussen“.<sup>74</sup>

Am 19. Juli wurde auch der FDGB eingeschaltet. Der SED-gesteuerte Gewerkschaftsbund sprach sich für eine „breite Kampffront“ zur Normalisierung des Lebens in Berlin aus. In einem Aufruf wurden Lieferungs- und Handelsverträge mit dem Ostsektor und der Ostzone gefordert, um „allen Erwerbslosen Arbeit und Brot zu geben“.<sup>75</sup> Weiter wurde informiert, dass man mit der Reichsbahndirektion bezüglich Fahrpreisermäßigungen für „Währungsgeschädigte“ verhandle und dass die West-Berliner BVG auf ein derartiges an sie gerichtetes Anliegen nicht reagiert habe. Letztlich wurde beschlossen, im Gewerkschaftshaus in der Ost-Berliner Wallstraße eine Beratungsstelle für Währungsgeschädigte einzurichten.<sup>76</sup>

## 5. Das Legitimationsproblem der SED und der Niedergang der Bewegung

Die Entwicklung nach der großen Kundgebung vom 14. Juli erwies, dass von der lautstark verkündeten Vereinigung des „Hauptausschusses“ mit der „Notgemeinschaft“ keine Rede sein konnte. Auf einer gemeinsamen Sitzung stritt man um Spendengelder und über den Vorwurf von „Währungsgeschädigten“ gegenüber ausgerechnet der „Notgemeinschaft“, sie

---

69 Ebd., S. 7.

70 Ebd., S. 8.

71 Ebd., S. 9.

72 Ebd., S. 10.

73 „Tagesspiegel“, 15.7.1949.

74 Bericht der Abt. Massenagitation (wie Anm. 56), S. 11.

75 „Berliner Zeitung“, 20.7.1949. Ein tendenzieller West-Berlin-Bezug ergab sich aus der Faktenlage. In West-Berlin waren im Juli 1949 annähernd 150 000 Arbeitslose registriert, in Ost-Berlin zeitgleich lediglich 13 000. Siehe Berlin in Zahlen 1948/1949, hg. v. Hauptamt für Statistik des Magistrats von Groß-Berlin, Berlin o. J., S. 272.

76 „Berliner Zeitung“, 20.7.1949.

wäre „SEDistisch angehaucht“. Infolge eines Missverständnisses wurde die Autorenschaft dieses Vorwurfs kurioserweise dem „legitimen“ Adressaten, dem „Hauptausschuss“, angelastet. Zwei anwesende Zeitungsjournalisten, von „Der Abend“ und „Der Kurier“ fragten zudem Gesenberg, wieso er die D-Mark begrüßt habe, und nicht wie andere Studenten der Linden-Universität, die das gleiche gewagt hatten, Maßregelungen ausgesetzt war. Gesenberg verwies auf seine westdeutsche Herkunft, seine bisherige Laufbahn als Marineleutnant und Offizier der Royal Navy von 1945 bis 1947 und dass er sich weniger um Politik kümmere als um sein Studium. Angesichts dessen halte er es für überflüssig, jetzt noch an „SEDistische Bestrebungen zu denken“. Als er sich, provoziert durch weitere unbequeme Fragen der Presseleute, dazu hinreißen ließ, SED und SPD gleichermaßen als „demokratische Organisationen“ zu bezeichnen, forderte der ebenfalls anwesende SED-Mann Hennig die Reporter auf, parteipolitische Neutralität zu wahren. Jetzt schlug jedoch Wichert in die Kerbe der Journalisten und fragte Hennig gezielt, wie es dem „Hauptausschuss“ möglich war, innerhalb von 3 oder 4 Tagen „die Bezirksstellen aus der Erde zu stampfen? Mir ist es bis heute noch nicht möglich“. <sup>77</sup> In einer anschließenden Stellungnahme negierte die „Notgemeinschaft“ letztlich die Existenz eines „Hauptausschusses“ als gemeinschaftliche Führung beider Organisationen und lehnte es ab, mit dem „Komitee“ weiter zusammenzuarbeiten, da es versuche „die ‚Währungsgeschädigten‘ für die Interessen kommunistischer Politik auszunutzen“. <sup>78</sup> Diesen Vorwurf erhob Wichert auch in einer Pressekonferenz, die die „Notgemeinschaft“ am 26. Juli am Bayrischen Platz im US-Sektor gab. Das bewertete die Ostpresse als Vorwand Wicherts, seine „Splittergruppe“ aufrecht zu erhalten und „dadurch die Kraft der vereinten Not leidenden Menschen in Westberlin zu schwächen“. In der „mehrfach betonten ‚politischen Neutralität‘ erblickte die ‚Berliner Zeitung‘ einen Beweis dafür, „dass dieser Splittergruppe an einer Lösung des Währungsproblems nicht allzu viel gelegen“ sei. <sup>79</sup> So arbeiteten beide Organisationen unabhängig voneinander sowie gegeneinander weiter.

Zwischenzeitlich hatte der West-Berliner „Telegraf“ einen Aspekt „entdeckt“, der in der bisherigen Diskussion erstaunlicherweise keine Rolle gespielt hatte. So wie es „Geschäftsleute, Ärzte, Journalisten usw.“ gäbe, „die nur Ostmark-Einnahmen haben“, bezögen „ähnliche Kreise, die im Ostsektor wohnen“ ihr Einkommen „aus dem Westsektor“. Es wäre somit „sozial und wirtschaftlich gerecht, der ‚Lohnausgleichskasse eine ‚Einkommensausgleichskasse‘ an die Seite zu stellen“ und dieser die Westmarkeinnahmen der in Ost-Berlin wohnenden Selbständigen und Freiberufler zu 90 Prozent zuzuführen, um damit die West-Berliner „Währungsgeschädigten“ zu bedenken. <sup>80</sup> Die Einrichtung einer derartigen zweiten Ausgleichskasse ist jedoch nie ernsthaft erwogen worden. <sup>81</sup>

Nichtsdestotrotz wurde den „Währungsgeschädigten“ bald ein erstes Zugeständnis gemacht. Am 10. August stimmten die Kommandanten der Westsektoren schließlich doch einem begrenzten Währungsumtausch für Gewerbetreibende und freiberuflich Tätige mit

---

77 Bericht über die Sitzung der „Notgemeinschaft“ des Herrn Wichert mit dem „Hauptausschuss der Währungsgeschädigten“, o.D., vermutlich vom 19.7.1949, in: LAB, C Rep. 901 Nr. 292.

78 Berlin. Ringen, S. 337., „Der Abend“, 20.7.1949.

79 „Berliner Zeitung“, 27.7.1949.

80 „Telegraf“, 16.7.1949.

81 Eine Ursache hierfür dürfte der hierzu erforderliche Pro-Kopf-Verwaltungsaufwand gewesen sein, der im Falle der Selbständigen und Freiberufler den für die Arbeiter und Angestellten um ein Beträchtliches überstiegen hätte.

Osteinkommen zu.<sup>82</sup> In der Umsetzung dieser Entscheidung erließ der West-Berliner Magistrat eine Woche später eine entsprechende Verordnung. Die Betroffenen erhielten jetzt „monatlich bis zu 90 DM-Ost und für jeden Hausangehörigen weitere 25 DM-Ost, jedoch höchstens 260 DM im Verhältnis von 1 : 1 in DM-West umgetauscht“ – Voraussetzung sei, dass sie keine Betriebsstätte im Westen besäßen.<sup>83</sup> Die Ost-Berliner Presse schrieb von „Hungergeldern für die freien Berufe“.<sup>84</sup> Wie problematisch sich die praktische Umsetzung dieser Verordnung tatsächlich gestaltete, zeigt das Beispiel der Durchführungsbestimmung für Schriftsteller: „Hier ist ohne weiteres die Wohnung, in der Manuskripte geschaffen werden, als Betriebsstätte anzusehen, ohne dass in einem solchen Falle eine Umtausch-Befugnis daraus abgeleitet werden könnte, dass die Werke im Osten verlegt oder abgesetzt werden.“<sup>85</sup> In der Phase der Umsetzung dieser ersten Umtauschregelung wurde die politische Provenienz des „Komitees der Währungsgeschädigten“ und seines „Hauptausschusses“ deutlich sichtbar: Nachdem einen Tag nach der Entscheidung der Westkommandanten die Lohnausgleichskasse zur Finanzierung der neuen Leistungen Angestellte der SED sowie des FDGB und weiterer anhängiger Massenorganisationen unter Berufung auf die alliierte Vorgabe generell vom Lohnumtausch ausschloss, belagerten trotz Bannteilnahme hunderte Betroffene umgehend die Amtszimmer von Magistrat und Stadtverordneten im Rathaus Schöneberg. In Sprechchören forderten sie einmal die Absetzung des Magistrats, ein anderes Mal den Umtausch ihrer Bezüge. Bürgermeisterin Louise Schröder erklärte ihnen, dass es schwer sei, „Angehörigen derjenigen Organisationen zu helfen, die den Magistrat mit allen Mitteln bekämpfen.“ Als die Demonstranten begannen, kommunistische Kampflieder zu singen, wurden sie von der Polizei hinausgetrieben.<sup>86</sup> Nach westlichen Angaben befanden sich unter ihnen zahlreiche „Angehörige des unter kommunistischem Einfluss stehenden ‚Komitees der Währungsgeschädigten‘“.<sup>87</sup> In der Ost-Berliner Presse herrschte hierüber Stillschweigen.<sup>88</sup> Aus gutem Grund, denn ein Problem des SED-gesteuerten „Komitees“ bestand darin, dass im Gegensatz zu Wicherts „Notgemeinschaft“ die unter der Westberliner Bevölkerung unpopuläre Gruppe der ausgegrenzten SED-Beschäftigten zu seiner Klientel gehörten. Der Ausschluss dieser Gruppe vom Lohnumtausch sollte jedoch – von den West-Kommandanten bereits vorgezeichnet – die Finanzierung der Leistungen für die pauschal als nicht politisch belastet betrachteten „Währungsgeschädigten“ gewährleisten. Dadurch wirkte plötzlich ein Widerspruch zwischen dem ursprünglichen Instrumentalisierungsmotiv der

---

82 Berlin. Ringen, S. 362.

83 Verordnung zum Währungsumtausch für Steuerpflichtige mit Einkommen aus Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit, die ihren Wohnsitz in einem der Westsektoren haben und auf Einkünfte in DM-Ost angewiesen sind, vom 17.8.1949, in: LAB, F Rep. 280 (LAZ), Nr. 4202. Die maßgeblichen Kriterien dafür waren der Betriebsstandort im Ostsektor oder dem ostzonalen Randgebiet und das Nichtvorhandensein einer Betriebsstätte des betreffenden Betriebes in den Westsektoren oder den Westzonen. Die in diesem Zusammenhang immer wieder genannten Steuermittel aus dem „Währungsnotopfer“ – laut „Telegraf“ vom 16.7.1949 „monatlich 0,4 Mill. Mark“ – dürften hierfür jedoch kaum ausgereicht haben.

84 „Berliner Zeitung“, 12.8.1949.

85 LAB, F Rep. 280 (LAZ) Nr. 4203.

86 Berlin. Ringen, S. 365, Die Zahl der Teilnehmer wird hier auf 200 geschätzt; „Berliner Zeitung“, 12.8.1949. Das SED-Blatt schrieb von rund 1 000 Demonstranten.

87 Berlin. Ringen, S. 365.

88 „Berliner Zeitung“, 12.8.1949.

SED und ihrem immer dringender werdenden Elementarinteresse der „Ausschluss“-Verhinderung. Die Erzielung des angestrebten und propagierten Erfolges eines Umtauschs für die freien Berufe rückte das andere, für die SED unmittelbar wesentlichere nicht propagierte Ziel, die Durchsetzung des Lohnumtauschs für die Mitarbeiter ihres Apparates, in weite Ferne. Etwas zugespitzt ist Folgendes zu konstatieren: Mit ihrer doppelten Zielsetzung, im West-Berliner Mittelstand Fuß zu fassen und diesen gegen den „Westmagistrat“ konkret in Marsch zu setzen, hatte die SED faktisch „erfolgreich“ für die Schmälerung ihrer personellen Basis gekämpft. Die Ursache dafür lag vor allem in der zu kurzen Westmark-Decke des West-Berliner Magistrats und dessen Absicht, die SED als Systemgegner empfindlich zu treffen.<sup>89</sup> Die „Bombe“ platzte somit nicht im Schöneberger Rathaus, sondern in den eigenen Reihen. Daraufhin wurde in der SED-Landesleitung bestimmt, dass sich die Angestellten der SED, des FDGB usw. nicht mehr in die Listen des „Komitees“ eintragen sollten.<sup>90</sup>

Jetzt wurde auch interne Kritik laut. Ein Tempelhofer SED-Funktionär schrieb an die Landesleitung, „dass unsere Aufgabe nicht darin bestehen kann, aus einem Kreis von ‚Währungsgeschädigten‘ mit Hilfe der Institutionen der Partei Währungsgewinnler zu machen. Wir (sind) nicht dazu da, die chaotischen Schwierigkeiten, die der Westmagistrat in den Westsektoren verschuldet hat, zu einem Teil durch ein Entgegenkommen zu beseitigen, das von unserem Standpunkt aus als wenig rentabel angesehen werden muss“. Diese Auffassung gründete sich zum Teil darauf, dass sich das Büro des „Hauptausschusses“ in erster Linie mit der „Fertigungs- und Vertriebsgenossenschaft des währungsgeschädigten Handwerks beschäftigte“, die man in positiver Sicht als viel versprechende Geschäftsidee deuten könnte. Für ihre Umsetzung zog man offenbar Parteigelder als Anschubfinanzierung heran. Als unklar erwies sich auch die Zahl der Mitglieder des „Komitees“. SED-intern war von rund 5 000 eingeschriebenen „Komitee“-Mitgliedern die Rede, wohingegen bei Überprüfung seitens des erwähnten West-Berliner „Genossen“ lediglich 1 000 Mitglieder anhand vorliegender Listen wirklich ermittelt werden konnten.<sup>91</sup> Demgegenüber wurde die Rechtsberatungsstelle des FDGB in Räumungsangelegenheiten inzwischen förmlich überrannt. Obwohl die SED-Landesleitung feststellte, dass man „die Bewegung in unserer Hand“ habe, verstärkte sich offenbar tatsächlich bei ihr der Eindruck, dass die Bewegung immer stärker anwachse und drohe, zu einer „zweiten Partei“ zu werden.<sup>92</sup> Der eigens deshalb einberufene rechtspolitische Ausschuss des SED-Landesvorstandes registrierte rund 3 000 Räumungsklagen, rechnete mit Tausenden weiterer Fälle und beschloss: „Räumungsklagen anlaufen lassen, dann in einigen Wochen die Situation politisch nutzen. Alle Wege begehen, die eine Räumungsklage verlängern können. Partei anweisen, darauf hinzuwirken, dass recht viele

---

89 Die „Ausschluss“-Praxis – durchaus als politische Kampfmaßnahme zu definieren, uferte in den nächsten Monaten und Jahren erheblich aus und schlug sich u.a. in langen Listen ausgeschlossener östlicher Betriebe und Institutionen nieder. Siehe z.B.: Sammlung von Einzelentscheidungen der Lohnausgleichskasse zur Ausschlussbekanntmachung von 22.8.1950, in: LAB, B Rep. 113 Nr. 99.

90 Bericht an den SED-Landesvorstand Berlin über die „Gemeinschaft der Währungsgeschädigten“ vom 17.8.1949, in: LAB, C Rep. 901 Nr. 292.

91 Ebd.

92 Protokoll der RPA-Sitzung im Hause des SED-Landesvorstandes Berlin am 23.8.1949, in: LAB, C Rep. 901 Nr. 292.

Klagen zustande kommen.“<sup>93</sup> Da die derzeitigen Räumungsklagen in der Hauptsache gegen „unsere Genossen“ liefen, so lautete die politische Zielstellung, „müssen mögliche Entscheidungen bis zu dem Zeitpunkt hinausgezögert werden, an dem auch größere Teile der übrigen Bevölkerung durch die Räumungsklagen betroffen werden und dadurch für die Räumungsverhinderung eine bessere Basis geschaffen wird“. Der hinzugezogene SED-Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul, späterer Starnwalt der DDR, wurde mit der Ausarbeitung eines Vollstreckungsschutzgesetzes sowie eines Merkblattes für die Betroffenen beauftragt.<sup>94</sup>

Es schien, als hätte die Berliner SED-Führung zwar nicht den Rückwärtsgang eingelegt, aber zumindest in den Leerlauf geschaltet. Sie wollte das „Komitee“ langsam ausrollen lassen, um die angesichts der immer noch anhaltenden Steigerung der sozialen Problemlage unter den „Währungsgeschädigten“ (Zunahme der Exmissionen und Absperrungen von Gas und Strom) stärker denn je motivierte Basis durch einen abrupten Abbruch nicht zu verwirren. Der Reinickendorfer Kreisvorstand wandte sich direkt an Hans Jendretzky, den Berliner SED-Chef. Er kritisierte die mangelnde Unterstützung seitens der „zentralen Stellen“, vor allem, dass diese seit Wochen nichts gegen die Magistrats-Verbote der „Währungsgeschädigten“-Versammlungen unternommen hätten. Die Reinickendorfer SED-Organisation betonte, dass selbst zu den verbotenen Versammlungen noch Hunderte kämen – „aus Schichten, die wir sonst nie ansprechen konnten.“ Leider würde „aber der Kreis, welcher angesprochen werden soll, durch die Partei begrenzt“.<sup>95</sup>

Am 7. Oktober erfolgte eine Aussprache von Mitgliedern der SED-Landesleitung, darunter der Ost-Berliner Wirtschaftstadtrat und Westarbeits-Spezialist Bruno Baum, mit Hinz, Hennig und anderen vom „Hauptausschuss“. In fünf von den 12 Bezirksstellen würden noch Auskünfte erteilt und Versammlungen durchgeführt, wurde festgestellt. Wicherts Notgemeinschaft hingegen sei „praktisch zusammengebrochen“, sein Büro habe er aufgegeben. Einem internen SED-Bericht zufolge gab er in einem persönlichen Statement an, er habe erst eine neue Partei gründen wollen, aber „die, die hinter ihm standen“ – er nannte amerikanische und englische Offiziere – „wollen nun mit einem Male nicht“. Daher möchte er in den „Ausschuss der Währungsgeschädigten“ mit aufgenommen werden – wohl bemerkt: „Ausschuss“, nicht mehr „Hauptausschuss“ oder „Komitee“, denn die selbständige politische Arbeit eines solchen Sondergremiums sollte es nach Vorstellung der SED-Landesleitung ab sofort nicht mehr geben. Der jetzige „Ausschuss“ solle sich bestenfalls mit politisch nachrangigen Fragen wie noch ausstehenden Exmissionen beschäftigen. „Von Partei und Gewerkschaft (müsse) ansonsten aber auch eine Arbeit unter den „Währungsgeschädigten“ geleistet werden.“<sup>96</sup>

In einem – offenbar abschließenden – Bericht der Abteilung Wirtschaftspolitik der Landesleitung der SED an Bruno Baum vom 9. Februar 1950 wird die Arbeit der „Gemeinschaft der Währungsgeschädigten“ als „seit Oktober 1949 immer mehr eingeschlafen“ bezeichnet.

93 Ebd.

94 Schreiben des Leiters der Abt. Verwaltung Stein an den 2. Sekretär des SED-Landesvorstandes Berlin Ernst Hoffmann vom 25.8.1949. in: LAB, C Rep. 901 Nr. 292.

95 Schreiben des SED-Kreisvorstandes Reinickendorf an Hans Jendretzky, Landesverband Groß-Berlin vom 9.9.1949, in: ebd.

96 Bericht über eine Aussprache mit den Genossen des „Hauptausschusses der Währungsgeschädigten“ am 7.10.1949 vom 12.10.1949, in: ebd.

Da ihre Bezirksorganisationen „praktisch nicht mehr vorhanden“ wären, seien Fachkommissionen zu „Diskutierklubs“ geworden und zu keiner „operativen Arbeit“ mehr fähig. Deshalb sei die Bereitstellung größerer Mittel nicht mehr zweckmäßig. Das Sekretariat des Ausschusses sei aufzulösen und dessen hauptamtliche Mitarbeiter, die der SED angehören, anderweitig unterzubringen.<sup>97</sup> Jetzt sollten unter Anleitung der SED-Kreisleitungen der Westbezirke auszubauende „Bezirksausschüsse“ aus „ehrenamtlichen Kräften“, vor allem „ehemalige Mitglieder des Hauptausschusses“, die Arbeit fortführen. Ein solcher Ausschuss sollte „Sammelpunkt und organisatorisches Zentrum der ‚Währungsgeschädigten‘ aus den freien Berufen“ werden. Offenbar wollte man den über die Währungs- und Grenzgängerproblematik angestrebten und in Ansätzen vorhandenen Kontakt zu Kreisen des West-Berliner Mittelstands nicht einfach aufgeben. Das weiterhin nötige soziale Engagement für die „Währungsgeschädigten“, (vor allem in der Frage der nach wie vor zahlreichen Exmittierungen) war für die Sozialistische Einheitspartei offenbar nicht so wesentlich. Die Betroffenen „würden ihre Interessen in der Arbeit der Mieterausschüsse vertreten finden“.<sup>98</sup> Die interne Begründung für das Aufgeben der bisherigen Linie war, dass es sich bei den „Währungsgeschädigten“ jetzt lediglich noch um Friseur, Schneider, Schuhmacher und einige wenige Freiberufler handle. Alle übrigen Gruppen erhielten inzwischen einen ausreichenden Währungsausgleich und wären jetzt nur mehr „sehr schwer zu interessieren“.<sup>99</sup> Die Illusion, mit Hilfe der von der Währungsreform vernachlässigten Teile des Mittelstands eine Volksbewegung gegen den Westmagistrat sowie seine Politik sozioökonomischer Abschottung vom traditionellen Umland mit der Perspektive einer West-Anbindung ins Leben zu rufen, war zerstoßen. Bezeichnenderweise endet an diesem Punkt auch die aktenkundige Aktivität der SED-Landesleitung Berlin in dieser Angelegenheit.

## 6. Schlussbetrachtung

Auf Grund der vor allem durch die Berlin-Blockade provozierten negativen Einstellung der West-Berliner Bevölkerung zum Ost-Berliner System konnte die SED 1949 in der West-Berliner Öffentlichkeit kaum Erfolg versprechend aktiv werden. Daher dürfte eine für sie politisch sinnvolle Zielsetzung darin bestanden haben, subversiv Konflikte zwischen West-Berliner Magistrat und Bevölkerung zu schüren, um so das westliche System unpopulär zu machen. Insofern – so glaubte offensichtlich die SED-Landesleitung – hätte die „Währungsgeschädigten“-Bewegung dazu beitragen können, dass ihre Partei und das von ihr repräsentierte System von den West-Berlinern zumindest mittel- oder langfristig als politische Alternative akzeptiert würde. Den Versuch zur Mobilisierung der „Währungsgeschädigten“ für

---

97 Bericht der Abt. Wirtschaftspolitik des SED-Landesvorstandes Berlin vom 9.2.1950, in: ebd. Konkret war Folgendes vorgesehen: Ein Sekretariatsbeschäftigter würde beim Berliner Ausschuss der Nationalen Front beschäftigt werden. Ein Anderer „sollte über die Kammer der Technik weiterhin mit Westberliner Angehörigen der technischen Intelligenz Verbindung halten“. Für einen dritten Mitarbeiter solle eine weitere Verwendung bei der Landes-Parteikontrollkommission geprüft werden (!). Demgegenüber sei „die parteilose Schreibkraft [...] zu entlassen“.

98 Ebd.

99 Ebd.

die politische Unterwanderung West-Berlins betrieb die SED mit einer Doppelstrategie. Sie bestand zum einen in der direkten Instrumentalisierung des Problems der „Währungsgeschädigten“ durch Bildung einer eigenen Organisation über die Strukturen der Westberliner SED-Organisation. Um den entsprechenden Zulauf zu gewährleisten, musste die parteipolitische Provenienz dabei im Dunkeln bleiben. Zum anderen bestand die SED-Strategie in der angestrebten Vereinnahmung einer bereits vorhandenen Protestbewegung, die keinen erkennbaren parteipolitischen Hintergrund hatte. Dieses Kalkül ging jedoch nicht auf. Der bald keimende Verdacht kommunistischer Steuerung verhinderte eine Vereinheitlichung der Bewegung. Doch waren die in zwei Lager geteilten „Währungsgeschädigten“ immerhin stark genug, soviel Druck auf den West-Berliner Magistrat auszuüben, dass er zu ad-hoc-Lösungen wie dem begrenzten „Umtausch“ greifen musste. Teil des Zugzwangs, in den der Magistrat somit gedrängt wurde, war das Problem der Finanzierung des Umtauschs. Da selbst Sondersteuermittel nicht ausreichten, tat er jetzt systematisch das, wozu er von den Westalliierten mehr oder weniger ermächtigt worden war. Er strich denjenigen unter den Ost-Grenzgängern, die unmittelbar und mittelbar für die SED arbeiteten, den Lohnumtausch. Ohne dass auf westlicher Seite eine genaue Kenntnis der politischen Verhältnisse unter den Währungsgeschädigten vorliegen musste, kam es zu einem Druckausgleich. Nachdem die SED erkannt hatte, dass ihr Vehikel sich selbst zu neutralisieren im Begriff war, gab sie auf. Die Freiberufler und Gewerbetreibenden waren durch den laufenden Umtausch zwar nicht voll zufrieden gestellt, aber als inneres Sicherheitsrisiko weitgehend ausgeschaltet worden. Zweifellos brachte die Umverteilung der begrenzten Mittel des West-Berliner Magistrats und der Lohnausgleichskasse eine neue Gruppe Unzufriedener hervor. Das innenpolitische Risiko dieses Vorgehens war aber gering, da die Mehrheit der West-Berliner Bevölkerung in der SED – wie in der SMA auch – eine Art „öffentlichen Feind“ sahen und Mitglieder, Bedienstete und Anhänger derselben von ihr kein Verständnis und keine Solidarität zu erwarten hatten.

Das analysierte Geschehen ist ein Beispiel dafür, wie die SED auf vielfältige Weise – auch konspirativ und subversiv – versuchte, systemübergreifend in der West-Berliner Bevölkerung an Einfluss zu gewinnen. Weitere Erscheinungen dieser Art, so z.B. der Einsatz von SED- und FDJ-Mitgliedern sowie „Aufklärern“ der Nationalen Front in den West-Berliner Wahlkämpfen 1954 und 1958 sollten folgen. Im Kontext der offenen Berliner Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau war das hier untersuchte Geschehen nur eine kurze Episode. Sie gibt jedoch einiges von der Berliner Spezifik der Ost-West-Auseinandersetzung des Kalten Krieges wieder. Das Phänomen der „Währungsgeschädigten“ zeigt, in welchem hohem Maße Strategie und Taktik beider Seiten durch die besonderen Bedingungen des Vier-Mächte-Status und die weiter wirkenden regionalen Verflechtungen geprägt waren. Es zeigt zugleich, wie die vielen Aufeinanderbezogenheiten beider Teile der Region Handlungsspielräume limitierten und kaum kalkulierbare Rückkopplungseffekte bewirkten.